

DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Nummer 12 · September 2009

Atomkonsens knacken: Ausstieg fix

Der Anti-Atom-Treck rollt durch Niedersachsen



In dieser Ausgabe lesen Sie:

Editorial	Seite 2
Auch Atom-Endlager in Gorleben würde „absaufen“	Seite 2
Kindertagesstätten können Bildungsauftrag nicht erfüllen	Seite 3
Nazis immer dreister – Landesregierung schaut weg	Seite 3
Wulff soll Koalitionsversprechen einlösen: Runter mit der Mehrwertsteuer!	Seite 3
Wulff beleidigt GEW-Chef	Seite 4
Abschiebestopp für Roma-Flüchtlinge!	Seite 4

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

im August-Plenum des Landtags hat die Landesregierung ihre Maske fallen gelassen: Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff hat höchstpersönlich einen führenden Gewerkschafter angegriffen. Wulff beschuldigte den Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brandt, seinen Pflichten als Lehrer nicht nachgekommen zu sein. Damit wollte der Ministerpräsident das Disziplinarverfahren gegen den GEW-Chef rechtfertigen, das mittlerweile eingestellt worden ist. Dieser unsägliche Frontalangriff zeigt vor allem eines: Für CDU und FDP sind Gewerkschaften und Mitbestimmung ein lästiges Übel. Das ist nur ein Vorgeschmack auf die Politik, die uns droht, wenn CDU und FDP bei der Bundestagswahl am 27. September eine Mehrheit erreichen. Aber nicht nur in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik drohen weitere schmerzhaft Einschnitte durch schwarz-gelb, auch in der Atompolitik gehören CDU und FDP zu den Ewiggestrigen. Sie haben aus dem Desaster im Atommülllager Asse nichts gelernt und halten krampfhaft am Salzstock Gorleben als atomaren Endlager fest. Wie gefährlich das ist, zeigt eine von uns in Auftrag gegebene Studie, deren Ergebnisse in dieser Ausgabe des Kritikpunktes nachzulesen sind.

Viel Spaß beim Lesen!



Ihre Kreszentia Flauger
(Fraktionsvorsitzende)



Auch Atom-Endlager in Gorleben würde „absaufen“

LINKE fordert Untersuchungsausschuss auf Bundesebene

Ähnlich wie das marode Atommülllager Asse II hat der Salzstock in Gorleben viele geologische Mängel. Auch dieser würde „absaufen“, wenn dort ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll errichtet würde, umschreibt der Diplomgeologe Ulrich Schneider das Ergebnis seiner Studie zum Gorlebener Salzstock. Der Kieler hat im Auftrag der Linksfraktion die „Expertise zum Salzstock Gorleben – Der aktuelle Kenntnisstand im Lichte der aktuellen Ereignisse in der ASSE II“ vorgelegt, weil nächstes Jahr das Erkundungsmoratorium abläuft. Der Verfasser ist kein unbeschriebenes Blatt. Schneider untersuchte den Salzstock bereits in den 80er-Jahren zusammen mit Prof. Klaus Duphorn im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB). Er geht in seinem Gutachten ausführlich darauf ein, ob die Fragen, die während des zehnjährigen Gorleben-Moratoriums geklärt werden sollten, auch tatsächlich beantwortet wurden. Er beschreibt die neuesten Erkenntnisse über das Lagermedium Salz und wie es sich verhält, wenn es mit dem heißen, hochradioaktiven Atommüll in Kontakt kommt.

In Gorleben werden die Behälter an der Oberfläche rund 200 Grad warm sein. Dadurch heizt sich der Salzstock über mehrere Jahrhunderte auf – und das hat Folgen.

„Es gibt keine Langzeitsicherheit für das Endlager Gorleben“, sagte Ulrich Schneider gleich zu Beginn der Vorstellung seiner Expertise in Hannover. Man könne sich das Deckgebirge über dem Salzstock wie einen hohlen Zahn vorstellen. Wie Karies dringe das Wasser in die nach unten führenden Schichten aus Kalisalz ein, die das Steinsalz des geplanten Endlagers umgeben. Davon zeuge der eher zufällig gefundene eingespülte Sand in bis zu 420 Metern Tiefe. Der heiße Atommüll mache das Salz dünnflüssiger. Dadurch reiße der zerklüftete Hauptanhydrit - die Schicht zwischen den innersten Salzen des Endlagers und den äußeren Salzgesteinen - auf und könne absinken. „Dies alles könnte dazu führen, dass radioaktives Material in die Biosphäre gelangt“, mahnt der Geologe.

Bundesbehörde hat geschlampt

Bis zum nächsten Jahr sollten eigentlich alle Zweifel am Gorlebener Salzstock ausgeräumt werden. „Diese sogenannten Zweifelsfragen sind keineswegs zufrieden stellend abgearbeitet“, kritisiert Schneider mit Blick auf die Untersuchungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Roh-

stoffe. „Das bisherige Untersuchungskonzept war teilweise unzureichend und die Standortbeschreibungen weisen zum Teil Widersprüche und Fehler in der Auswertung auf.“ Er berichtet beispielsweise von durchgehenden Brüchen im Deckgebirge, die vielfach bis hinab zum Salzstock reichen, aber oft nicht dokumentiert sind. Diese Störungen sind in der Asse der Grund für den Wassereintritt. Er fordert, das Moratorium zur Erkundung des Gorlebener Salzstocks zu verlängern und nach alternativen Endlagerstandorten zu suchen.

Die Linksfraktion im Landtag verlangt, dass die Ergebnisse der Studie Konsequenzen haben. „Ich for-



Die MdLs Victor Perli (li.) und Pia Zimmermann auf dem Treck. In der Mitte Dorothee Menzner (MdB)

dere einen Untersuchungsausschuss zu Gorleben und zwar auf Bundesebene“, sagt der Umweltpolizist Kurt Herzog. „Gorleben ist eine Skandalgeschichte ohne Gleichen. Wir brauchen eine vergleichende Standortsuche für ein Endlager unter Ausschluss von Gorleben.“ Der Umweltpolitiker meint damit nicht nur, nach einem neuen Atommüll-Endlager zu suchen, sondern auch, mögliche Standorte miteinander zu vergleichen und zu bewerten. In vielen anderen Ländern ist das bereits Standard. „Die Entscheidung für Gorleben basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern wurde politisch gefällt“, so der Linkspolitiker. Das beweist auch ein Aktenfund aus dem Jahr 1983. Danach mussten Experten ihre kritischen Studien auf Druck der damaligen schwarz-gelben Kohl-Regierung umschreiben. Die Fachleute der PTB hatten, wie Ulrich Schneider und der erste Projektleiter Duphorn, Bedenken auch wegen des Deckgebirges über dem Salzstock. Schon nach 600 bis 1100 Jahren könnten Radionuklide aus dem Atommüll das Grundwasser verseuchen, so ihr Fazit. Ein Endlager muss aber eine Million Jahre sicher sein.

Kindertagesstätten können Bildungsauftrag nicht erfüllen

Anstrengende Erziehungsarbeit nur schlecht bezahlt

Kindertagesstätten sind heute keine Aufbewahrungsorte mehr, sondern haben einen frühkindlichen Bildungsauftrag. Diesem können sie in der Praxis aber kaum gerecht werden, weil meist qualifiziertes Personal fehlt und die Arbeitsbedingungen mies sind. Die Linksfraktion im Landtag hat deshalb beantragt, die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten in den Kitas zu verbessern. „Wir wollen die Arbeitsbedingungen des Fachpersonals verbessern, ihre Fortbildungsmöglichkeiten steigern und die Ausstattung in den Kitas ändern“, skizziert die bildungspolitische Sprecherin Christa Reichwaldt den Antrag.

Derzeit ist die Situation in den Kitas alles andere als befriedigend. Zwei ErzieherInnen arbeiten in einer Gruppe mit 15 Kindern unter drei Jahren. Das könnte vielleicht funktionieren, wenn alle Kinder schön brav nacheinander Hunger haben, schlafen oder anderes wollen – soweit die Theorie, die Praxis sieht natürlich anders aus. Die ErzieherInnen sind ständig überfordert. Sie können deshalb den Anspruch an ihre Arbeit, Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, nicht einlösen. Die Linksfraktion fordert, den Betreuungsschlüssel

zu verbessern: Eine Fachkraft soll sich nur noch um vier oder um acht Kinder kümmern müssen und nicht wie bisher um 7,5 oder 12,5 Kinder. Die Fraktion greift damit den Rat von Fachleuten auf. Damit ist es aber nicht getan. ErzieherInnen müssen sich permanent weiterbilden, mit den Trägern der Jugendhilfe und Bildungseinrichtungen vor Ort zusammenarbeiten und die Eltern unterstützen. Dafür werden der Gruppenleitung und der zweiten Kraft 7,5 Stunden pro Woche und Gruppe zugestanden. „Wie soll das funktionieren?“, fragt Christa Reichwaldt. Sie fordert deshalb, jeder Beschäftigten und jedem Beschäftigten ein Viertel der Arbeitszeit für diese Tätigkeiten zur Verfügung zu stellen. Die ErzieherInnen sollten sich außerdem weiterbilden können. „Wir wollen ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher nicht nur den Weg zur Fachhochschule öffnen, sondern auch den Weg zur Universität frei machen.“ In Niedersachsen liegt die Quote an Akademikerinnen und Akademikern in Kitas bei gerade einmal 3,7 Prozent. Reichwaldt fordert auch größere Betreuungsräume. Derzeit muss ein Kind mit nur zwei Quadratmetern auskommen.

Nazis immer dreister – Landesregierung schaut weg

Nazis treten in jüngster Zeit immer dreister in der Öffentlichkeit auf. Sie sind selbstbewusster und brutaler geworden und etablieren sich mehr und mehr in der Gesellschaft. Darauf hat im Landtag die innenpolitische Sprecherin der LINKEN, Pia Zimmermann, hingewiesen und die Landesregierung aufgefordert, endlich etwas dagegen zu tun. Anlässe gibt es reichlich: In Wolfsburg trafen sich Anfang Juli rund hundert Rechtsextreme gegenüber dem Volkswagenwerk und wenige Meter neben dem Gewerkschaftshaus. Sie wollten ein sogenanntes „KdF-Museum“ gründen und prügeln ungehindert auf einen Fotografen ein. Mitte Juli besetzten Neonazis ein Hotel in Faßberg, das Nazianwalt Jürgen Rieger kaufen will, um daraus ein Zentrum für die rechte Szene zu machen. Die Mitglieder der „Kameradschaft 73“ aus Celle zogen erst nach fast drei Wochen wieder ab, nachdem die Polizei mit einer Räumung gedroht hatte. Bei dieser „Kameradschaft“ wurden vor einem halben Jahr Kleinkaliberwaffen, ein G-3-Sturmgewehr, Munition und Propagandamaterial beschlagnahmt. Am 1. August veranstalteten „freie Kameradschaften“ und „autonome Nationalisten“ in Bad Nenndorf das dritte Mal ihren

sogenannten „Trauermarsch“, um NS-Kriegsverbrecher zu verherrlichen. Dagegen haben mehr als 1.000 Menschen demonstriert. Die Nazis haben diesen Marsch jedes Jahr bis 2030 angemeldet und versuchen so, die Stadt zu einem Zentrum im Norden zu machen. Am 12. September will die NPD durch Hannover marschieren.

Angesichts dieser Umtriebe fordert Pia Zimmermann, die „Kameradschaft Celle 73“ zu verbieten. Um den Weg für ein NPD-Verbot freizumachen, müsse der Staat seine V-Leute aus dieser Partei abziehen. Auch müsse die Bevölkerung über die wahren Ziele der Nazis aufgeklärt werden. Die Landesregierung macht allerdings das Gegenteil: Die Landeszentrale für politische Bildung wurde geschlossen, und der Arbeitsgemeinschaft gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig fehlt Geld. Innenminister Uwe Schünemann (CDU) will nicht, dass Behörden und Polizei mit ihren Kollegen aus den benachbarten Bundesländern zusammenarbeiten, um den Nazis das Handwerk zu legen. Der Landtag hat sogar gegen die Empfehlung gestimmt, die „Städtekoalition gegen Rassismus“ zu unterstützen.

Wulff soll Koalitionsversprechen einlösen: Runter mit der Mehrwertsteuer!

DIE LINKE will Ministerpräsident Christian Wulff helfen, endlich ein wichtiges Wahlversprechen seiner Koalition einzulösen: Die Verringerung des Mehrwertsteuersatzes auf sieben Prozent im Hotel- und Gaststätten-Gewerbe sowie für den Kinderbedarf. Die Fraktion hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht. „CDU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag vollmundig die verringerte Umsatzsteuer in Aussicht gestellt“, erinnert Dr. Manfred Sohn, Vorsitzender der Linksfraktion. „Jetzt haben sie durch unseren Antrag einen Anlass, konkret zu werden.“ Andere Länder in der Europäischen Union (EU) haben bereits Umsatz-



Manfred Sohn

steuern ermäßigt: beim Kinderbedarf, für apothekenpflichtige Arzneimittel, arbeitsintensive Dienstleistungen und im Hotel- und Gaststättengewerbe. In Großbritannien und Irland ist Kinderbekleidung ganz von der Mehrwertsteuer befreit; in Frankreich, den Niederlanden und Spanien gelten ermäßigte Sätze zwischen fünf und zehn Prozent. „Das fördert Familien mit Kindern und kurbelt die Konjunktur an“, betont Sohn. Schon 22 von 27 EU-Staaten haben ermäßigte Steuersätze für Hotels, darunter bis auf Dänemark alle Anrainerstaaten Deutschlands. In zehn EU-Staaten liegt außerdem die Mehrwertsteuer für Gaststätten nur zwischen sechs und zehn Prozent. „Das freut die Tourismuswirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher“, unterstreicht der Linkspolitiker. Um die zu erwartenden Steuerausfälle nicht nur auszugleichen, sondern mehr Geld einzunehmen, solle sich Wulff im Bundesrat für eine Börsenumsatzsteuer wie in Großbritannien stark machen.

Abschiebestopp für Roma-Flüchtlinge!

Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat mit seiner rigorosen Abschiebep Praxis wieder einmal einen Beweis für menschenfeindliche Politik geliefert. Unbeeindruckt von Protesten hat er einen Vater von vier in Deutschland geborenen Jugendlichen Anfang Juli in den Kosovo abgeschoben. Der Vater gehört der Bevölkerungsgruppe der Roma an, die im Kosovo als Minderheit verfolgt wird. „Diese Politik ist erbärmlich“, kommentierte, Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, bei einer Aussprache im Landtag. LINKE und Grüne haben deshalb ein Abschiebestopp und ein Aufenthaltsrecht für Roma-Flüchtlinge beantragt. Beides ist bitter nötig: Bis zuletzt hatte die internationale Kosovo-Übergangsverwaltung UNMIK verhindert, dass Roma in den Kosovo abgeschoben werden. Amnesty International warnt eindringlich davor, dahin abzuschieben und berichtet von großer Armut und Diskriminierung. Roma seien im Kosovo quasi vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und hätten weniger als einen Dollar am Tag zum Leben. Aus dem Ostkosovo liegen erste Berichte von gewalttätigen Übergriffen auf Roma vor. Sogar Binnenflüchtlinge leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Einige Hundert müssen eine schwermetallverseuchte Abraumhalde einer ehemaligen Bleierz-Mine im Norden von Mitrovica ihr Zuhause nennen. Sie leben dort mit ihren Kindern in Bretterbuden und mit einem Gift in ihrem Körper, dass sie ihr Leben lang nicht mehr loswerden. Seit zehn Jahren schauen die verantwortlichen Politiker zu und machen nix. „Wer Roma abschiebt, schiebt sie in die soziale Ausgrenzung und nimmt billigend in Kauf, dass Menschen zu Tode kommen“, sagt Pia Zimmermann an die Adresse des Innenministers.

Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
 Bilder: Stefan Knoblauch
 Redaktion: Christian Degener, Michael Fleischmann und Jan Langehein
 V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt

Wulff beleidigt GEW-Chef Skandalministerin Elisabeth Heister-Neumann bleibt im Amt

In der Landtagsdebatte um ein merkwürdiges Disziplinarverfahren gegen den Lehrer und Landeschef der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhardt Brandt, ist Ministerpräsident Christian Wulff ausfallend geworden. „Wir lassen uns nicht von jemandem, der nicht eine einzige Stunde Unterricht erteilt hat, vorwerfen, nicht alles zu tun, um den Unterrichtsausfall zu stoppen“, beschimpfte Wulff den GEW-Chef. Zuvor forderten SPD, Grüne und LINKE, Elisabeth Heister-Neumann als Kultusministerin zu entlassen. Diese hatte ein Disziplinarverfahren gegen Eberhardt Brandt auf den Weg gebracht, weil dieser angeblich als fauler Studienrat Stunden geschwänzt haben soll. Dieser Vorwurf ist grober Tobak, weil Brandt als Hauptpersonalrat rund 80.000 Beschäftigte vertritt und für diesen Job freigestellt ist. „Die gewerkschaftspolitische Sprecherin der LINKEN, Ursula Weisser-Rolle, fordert von Wulff, sich öffentlich zu entschuldigen.“

Der GEW-Chef erfuhr von dem Disziplinarverfahren gegen ihn zuerst aus einem Nachrichtenmagazin, das er zufällig gelesen hatte. Die Kultusministerin nahm billigend in Kauf, dass Teile aus vertraulichen Personalakten der Presse zugespielt wurden. Pikant ist auch, dass die Landesschulbehörde kein Disziplinarverfahren gegen Eberhardt Brandt einleiten wollte. Erst auf Anweisung von Elisabeth Heister-Neumann sei die Zentrale in Lüneburg schließlich tätig geworden, so ein Verantwortlicher der Behörde. Die Ministerin bestreitet das. Sie habe einen politischen Gegner mundtot machen wollen, vermutet dagegen die Opposition im Landtag. Der engagierte Gewerkschafter ist ein vehementer Kritiker

der niedersächsischen Schulpolitik. Er mobilisierte gegen das Turbo-Abi an Gesamtschulen, spricht mit Verbänden, Lehrern, Schülern und Parteien. „Er vernetzt und wird so für die Landesregierung gefährlich“, nennt Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN, den Grund für die Diffamierungskampagne gegen den GEW-Chef. Reichwaldt geht noch weiter: Sie vermutet, dass die Staatskanzlei hinter der Aktion steckt. Schließlich habe der Ministerpräsident die Ge-



Der Landesregierung ein Dorn im Auge: Eberhardt Brandt

samtverantwortung. Für diese Vermutung spricht auch, dass er die Akten zum Vorgang geheim hält. Christian Wulff weigert sich beharrlich, die Vertraulichkeit aufzuheben. „Er will die Ministerin schützen“, ist sich Christa Reichwaldt sicher.

Neues Informationsmaterial der Landtagsfraktion

„Bildung für alle!“
 Die bildungspolitischen Positionen

„Für Klimaschutz – gegen Atomenergie!“
 Die atompolitischen Positionen

Weiteres Informationsmaterial finden Sie auf unserer Homepage:
www.linksfraktion-niedersachsen.de

Bestellen Sie die Materialien kostenlos bei uns:
 Fraktion Die LINKE · Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 · 30159 Hannover
 Tel.: 05 11 / 30 30 44 02 · Fax: 05 11 / 30 30 48 80
info@linksfraktion-niedersachsen.de

Bildung für alle!

Für gebührenfreie Bildung!
 Für die IGS ohne Turbo-Abitur!
 Für eine gerechte Ausbildungsplatzumlage!

Für Klimaschutz – gegen Atomenergie!

Für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie!
 Für eine lückenlose Aufklärung des Asse-Skandals!
 Kein Atommüll in Gorleben und Schacht Konrad!



Die bildungspolitischen Positionen der

DIE LINKE.
 Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Die atompolitischen Positionen der

DIE LINKE.
 Fraktion im Niedersächsischen Landtag